

CONV 748/03

VERMERK

Betr.: **Synthesebericht über die Plenartagung**
 – **15. und 16. Mai 2003 in Brüssel**¹

1. Arbeitsmethode des Konvents während der Endphase und Konsensfindungsprozess
(CONV 720/03 und 721/03)

Arbeitsmethode

Der Vorsitzende stellte kurz die Tagesordnung für die Plenartagung vor, die dieses Mal zwei volle Tage dauerte, um dem Konvent mehr Zeit für die Aussprache über die Organe und über das außenpolitische Handeln der Union zu geben.

Vor der Aussprache über diese beiden Themen erläuterte der Vorsitzende, auf welche Weise ein Konsens erarbeitet werden soll. Vor der nächsten Tagung am 30./31. Mai werden die Konventsmitglieder den Gesamtentwurf der Verfassung erhalten. Auf dieser Grundlage wird es möglich sein,

- die Bestimmungen über die Politikbereiche zu prüfen, auf die im Rahmen der Beratungen über Teil I häufig verwiesen wurde;
- die neue Fassung dieser Abschnitte zu erörtern, die vom Präsidium auf der Grundlage der Beratungen des Plenums überarbeitet worden sind;
- die neuen Bestimmungen zu erörtern, die vom Präsidium ausgearbeitet wurden, um die Ergebnisse der Arbeit der Arbeitsgruppen und der Arbeitskreise umzusetzen.

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://www.european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Der Vorsitzende betonte mit Nachdruck, dass die Arbeit des Konvents in den ersten beiden Juniwochen u.a. durch eine stärkere Präsenz der Konventsmitglieder in Brüssel intensiviert werden müsse, damit die Arbeit auch in den "politischen Familien", den Gruppierungen und eventuell in einigen Arbeitskreisen fortgesetzt werden könne. Zwischenzeitlich würden vom Vorsitzenden und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Konsultationen durchgeführt, und vom Präsidium so oft wie möglich eine Bewertung der Fortschritte hin zu einem Konsens vorgenommen.

In der anschließenden kurzen Aussprache hoben mehrere Konventsmitglieder nachdrücklich hervor, dass Teil III der Verfassung eingehend geprüft werden müsse. Einige äußerten die Befürchtung, dass diese Arbeit nicht innerhalb der dem Konvent gesetzten Frist bewältigt werden könnte. Ein Konventsmitglied schlug vor, dass die Konventsmitglieder Änderungsvorschläge zum Gesamttext einreichen und dass der Konvent über diese Änderungsvorschläge abstimmt.

Auf diese Ausführungen hin erinnerte der Vorsitzende daran, dass die Arbeitsmethode des Konvents in der Erklärung von Laeken festgelegt sei und den Konsens vorsehe; eine Abstimmung, die in einer so zusammengesetzten Versammlung nicht repräsentativ wäre, sei ausgeschlossen. In Bezug auf Teil III der Verfassung regte der Vorsitzende an zu prüfen, ob die Beratungen ausschließlich über diesen Teil um einige weitere Wochen verlängert werden könnten, wenn sich zeigen sollte, dass ein Abschluss innerhalb der gesetzten Frist Schwierigkeiten bereitet.

2. Aussprache über die Entwürfe der Artikel über die Organe (Teil I – Titel IV) (CONV 691/03 und CONV 709/03)

Einleitende Bemerkungen

Der Vorsitzende wies in seiner Einleitung auf die große Zahl von Änderungsvorschlägen hin, die beim Sekretariat zu Titel IV des Verfassungsentwurfs eingegangen waren; diesem Entwurf war ein Artikel beigelegt, der in Titel VI über das demokratische Leben aufgenommen wird.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass die Artikel in Teil I über die Organe mit Bestimmungen einhergingen, die in Teil III aufzunehmen seien. Einige der Beiträge, Bemerkungen oder Änderungsvorschläge hätten zum Ziel, die vorgelegten Texte zu ergänzen und auszugestalten. Auf sie werde eingegangen, wenn die Artikel von Teil II zur Verfügung stünden.

Der Vorsitzende hob außerdem hervor, dass sich die vielen eingegangenen Bemerkungen in zwei Arten von Änderungsvorschlägen einteilen ließen:

Durch die erste Art von Änderungsvorschlägen – größer an Zahl und Bedeutung – werde die Struktur des Gesamtentwurfs des Präsidiums nicht in Frage gestellt. Sie zielen auf eine Verdeutlichung der vorgeschlagenen Bestimmungen ab. Einige Vorschläge verbesserten spürbar die gewählte Formulierung, indem beispielsweise der Ansatz des Präsidiums gestärkt oder präziser ausgedrückt werde.

Die zweite Art von Änderungsvorschlägen – die nicht so zahlreich seien wie die ersteren, jedoch eine beträchtliche Zahl repräsentierten – liefen direkt oder indirekt darauf hinaus, dass die derzeitigen Texte unverändert beibehalten würden. Diese Forderung sei mehr oder weniger ausdrücklich für nahezu alle zentralen Artikel der Bestimmungen über die Organe, nämlich in Bezug auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, die Rolle und den Vorsitz des Europäischen Rates, die Berechnung der qualifizierten Mehrheit, das Verfahren für die Ernennung der Kommission, die Ernennung oder die Zusammensetzung der Kommission, vorgebracht worden. Der Vorsitzende fragte, ob ein solcher Ansatz des Festhaltens am Status quo mit dem Auftrag vereinbar sei, den der Konvent in Laeken erhalten habe. Er erinnerte an einige Fragen, die die Staats- und Regierungschefs gestellt hatten, und zitierte eine Reihe davon: "Als Erstes stellt sich gleichwohl die Frage, wie wir die demokratische Legitimation und die Transparenz der jetzigen Organe stärken können – eine Frage, die für die drei Organe gilt.", "Wie lassen sich die Autorität und die Effizienz der Europäischen Kommission stärken?" oder "Ist der halbjährliche Turnus des Vorsitzes im Rat aufrechtzuerhalten?"

Bei der Aussprache im Plenum ergriffen zahlreiche Konventsmitglieder das Wort. Nahezu 90 Konventsmitglieder beteiligten sich an der Debatte, dazu kamen noch die Beiträge mittels der "blauen Karten". Die Aussprache war sehr lebhaft und aufschlussreich. Hier seien einige allgemeine Bemerkungen aufgeführt, bevor auf die am häufigsten angesprochenen Punkte eingegangen wird (um diesen Vermerk verständlicher zu gestalten, wurden die Bemerkungen zum Minister für auswärtige Angelegenheiten mit jenen über das außenpolitische Handeln der Handeln zusammengefasst).

Allgemeine Bemerkungen der Konventsmitglieder

Zahlreiche Konventsmitglieder trugen am Beginn ihrer Ausführungen allgemeine Bemerkungen vor oder legten einige Grundsätze dar. Hierunter können Folgende hervorgehoben werden:

Eine bedeutende Zahl von Konventsmitgliedern war der Auffassung, dass bei der institutionellen Gesamtstruktur einige Grundsätze gewahrt werden müssen; am häufigsten wurde dabei der Grundsatz der Gleichheit der Mitgliedstaaten genannt. Desgleichen wurde die Gemeinschaftsmethode erwähnt.

Eine beträchtliche Zahl von Konventsmitgliedern legte im Rahmen ihrer Ausführungen auf allgemeine oder spezifische Weise dar, dass sie an den derzeitigen Bestimmungen des Vertrags in der Fassung des Vertrags von Nizza festhalten. Sie waren der Auffassung, dass sich die Herausforderungen eines erweiterten Europas mit diesen Bestimmungen meistern lassen, und dass die Verhandlungsführer damals einen zufrieden stellenden Kompromiss erreicht hatten. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Parlamente und die Bevölkerung der Bewerberstaaten jüngst aufgefordert gewesen seien, sich im Hinblick auf den Beitritt zu den geltenden institutionellen Bestimmungen zu äußern. Daher wäre es schwierig, gegenüber der Öffentlichkeit dieser Länder eine grundlegende Änderung der institutionellen Bestimmungen zu begründen. Andere Konventsmitglieder wiederum hoben hervor, dass die Einberufung des Konvents durch die Staats- und Regierungschefs und die Verabschiedung der Erklärung von Laeken im Dezember 2001 zeigten, dass die Auffassung herrschte, dass die in Nizza erzielten Ergebnisse nicht ausreichten, um die Herausforderung der Erweiterung zu meistern.

Eine bestimmte Zahl von Konventsmitgliedern schließlich hob in ihren Ausführungen hervor, dass der Konvent in die heikelste und wichtigste Phase seiner Arbeit trete. Sie riefen dazu auf, den Konvent zum Erfolg zu führen, und waren der Ansicht, dass dieser nur möglich sei, wenn jedes Konventsmitglied sich bemühe, Kompromissbereitschaft und Ehrgeiz zu zeigen, und so eine für alle annehmbare Konsenslösung anstrebe. Diese Konventsmitglieder forderten ihre Kollegen auf, sich von ihrer Ausgangsposition, die mit der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Institution, zu einem "kleinen oder großen Land", mit der Staatsangehörigkeit oder der Zugehörigkeit zu einer Fraktion zusammenhänge, zu lösen, um dem gemeinsamen Wohl den Vorrang einzuräumen. Mehrere Konventsmitglieder warnten den Konvent: wenn sich zeige, dass der Konvent unfähig sei, zu einer Gesamteinigung zu gelangen, sei es illusorisch zu glauben, dass die anschließende Regierungskonferenz (RK) dazu eher imstande sei. Europa stehe an einem Scheideweg.

Bemerkungen zu den verschiedenen Vorschlägen des Präsidiums bezüglich der Organe

Das Problem des Europäischen Rates und seines Vorsitzes wurde von nahezu allen Konventsmitgliedern angesprochen. Der Vorschlag des Präsidiums, einen festen Vorsitz für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren vorzusehen, dessen einmalige Wiederernennung zulässig wäre, wurde von einem bedeutenden Teil der Konventsmitglieder unterstützt. Diese Konventsmitglieder waren der Auffassung, dass damit dem Wunsch nach Effizienz und besserer Organisation des Europäischen Rates entsprochen würde, da dieses Organ im Gegensatz zur Kommission oder zum Parlament derzeit keinen Vorsitz für einen längeren Zeitraum habe. Sie antworteten auf die Bedenken ihrer Kollegen mit dem Argument, dass sich die Aufgaben eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rates nicht von den derzeit im Rahmen des halbjährlichen Turnus wahrgenommenen Aufgaben unterscheiden. Eine andere Gruppe von Konventsmitgliedern plädierte für die Beibehaltung der turnusmäßigen Abfolge, da sie dem Grundsatz der Gleichheit der Staaten entspreche und den Vorteil hätte, dass das Gefühl der europäischen Integration bei der turnusmäßigen Ausübung des Vorsitzes jeweils gestärkt würde. Einige Konventsmitglieder versuchten, zwischen diesen unterschiedlichen Positionen eine Brücke zu schlagen, und machten verschiedene Kompromissvorschläge. So schlug ein Konventsmitglied, das von mehreren Kollegen unterstützt wurde, vor, dass der Präsident des Europäischen Rates unmittelbar von den europäischen Bürgern gewählt werden sollte, ohne dass jedoch seine Aufgaben geändert würden. Dadurch werde ein echter europäischer "demos" geschaffen bzw. gestärkt. Mehrere andere Konventsmitglieder äußerten die Ansicht, dass sie den Gedanken eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rates unterstützen könnten, wenn die Möglichkeit offen bleibe, dass seine Aufgaben und die Aufgaben des Präsidenten der Kommission in der Zukunft zusammengelegt würden. Andere Konventsmitglieder stellten die Vorschläge des Präsidiums zwar nicht in Frage, waren aber der Ansicht, dass diese Vorschläge in einer Reihe von Punkten, insbesondere in Bezug auf die Aufgaben des Präsidenten des Europäischen Rates im Bereich der Außenpolitik, präziser gestaltet werden sollten. Bestehe nicht die Gefahr, dass sich seine Aufgaben mit denen des Präsidenten der Kommission oder des künftigen Ministers für auswärtige Angelegenheiten überschneiden würden? Einige Male wurde die Frage der Verwaltungsstruktur, durch die ein etwaiger Präsident des Europäischen Rates unterstützt werden sollte, angesprochen, wobei einige Konventsmitglieder vor der Gefahr von Doppelarbeit warnten. Mehrere Konventsmitglieder fragten nach der demokratischen Legitimation eines Präsidenten des Europäischen Rates, der nur von Seinesgleichen gewählt würde.

Bezüglich der Zusammensetzung der Kommission gingen die Meinungen ebenfalls auseinander; sie zählt zu den am häufigsten angesprochenen Themen. Eine große Zahl von Konventsmitglieder sprach sich für den Grundsatz aus, wonach der Kommission mindestens ein Staatsangehöriger je Mitgliedstaat angehören sollte. Es handele sich um ein Grundprinzip, das die Gleichheit der Mitgliedstaaten widerspiegele und aufgrund dessen jeder davon ausgehen könne, dass seine "besondere Sensibilität" berücksichtigt worden sei. Außerdem müsse der in Nizza zu dieser Frage erzielte Kompromiss berücksichtigt werden. Eine andere Gruppe plädierte für das Gegenteil und akzeptierte im Grundsatz eine zahlenmäßig verkleinerte Kommission im Sinne des Vorschlags des Präsidiums. Diese Konventsmitglieder hoben hervor, dass die Kommission zu dem Gremium, in dem das allgemeine Interesse zum Ausdruck gebracht werde, und keineswegs zur Vertretung der Mitgliedstaaten bestimmt sei. Der Effizienz und der Eigenständigkeit dieses Organs sei der Vorrang einzuräumen. Einige befürchten, dass die Kommission im Falle einer Beibehaltung des Grundsatzes "ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedstaat" in der Praxis eine Art Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) wird. Manche Konventsmitglieder, die den Grundsatz "ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedstaat" befürworteten, bemerkten, dass sie den Vorschlag einer Kommission mit einer geringeren Zahl von Mitgliedern unterstützen könnten, wenn die Ernennung der Kommissionsmitglieder nach einem System der "gleichberechtigten Rotation" vorgenommen würde. Andere schlugen vor, dass die Bestimmungen des Präsidiums nach einer noch zu bestimmenden Übergangsfrist in Kraft treten. Einige Redner, die insbesondere auf die Fragen einiger Konventsmitglieder aus den Bewerberstaaten reagierten, bemerkten, dass dies in der Praxis der Fall sein werde, da für die nächste Kommission, die ihr Amt im November 2004 antrete, die Bestimmungen des Vertrags von Nizza gelten würden. Manche regten an, in der Verfassung keine Höchstzahl zu nennen und es dem Präsidenten zu überlassen, sein Kollegium zu bilden.

Die Frage der Ernennung und der Wahl des Präsidenten der Kommission wurde ebenfalls von zahlreichen Konventsmitglieder angesprochen. Mehrere sprachen sich dafür aus, dass das Europäische Parlament den Präsidenten der Kommission unmittelbar ernennt, und waren der Ansicht, dass die Vorschläge des Präsidiums keine Änderungen gegenüber der derzeitigen Regelung beinhalteten. Andere machten verschiedene Kompromissvorschläge, durch die die Vorschläge des Präsidiums geändert würden, ohne diese jedoch in Frage zu stellen. Mehrere Konventsmitglieder wünschten, dass das Europäische Parlament – automatisch oder nicht – aufgelöst werden kann, wenn es der Kommission sein Misstrauen ausgesprochen hat.

Zu dem Vorschlag des Präsidiums in Artikel 17b bezüglich der Festlegung der qualifizierten Mehrheit wurden nicht so viele Bemerkungen wie zu den vorhergehenden Punkten vorgebracht. Eine gewisse Zahl von Konventsmitglieder brachte jedoch zum Ausdruck, dass sie an den aus dem Vertrag von Nizza hervorgegangenen Regelungen festhalten wollten, und warnte davor, die damals erzielten schwierigen Kompromisse erneut zur Diskussion zu stellen. Andere antworteten daraufhin, dass der Beschlussfassungsmechanismus von Nizza besonders kompliziert und für die Öffentlichkeit schwer verständlich sei. Sie begrüßten die Bemühungen um Vereinfachung und Verdeutlichung, die das Präsidium in diesem Bereich unternommen habe.

Was den Rat anbelangt, so betrafen die Bemerkungen im Wesentlichen den halbjährlichen Turnus im Vorsitz. Ein große Gruppe von Konventsmitgliedern forderte, dass er beibehalten werde. Einige regten an, für die aufeinander folgenden Präsidenschaften einen mehrjährigen Planungsrahmen vorzusehen, um die Bedenken jener auszuräumen, die auf die Gefahr der mangelnden Kontinuität oder des Wechsel der Prioritäten von einem Vorsitz zum anderen hinweisen. Mehrere Konventsmitglieder schlugen vor, dass der Präsident der Kommission im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" den Vorsitz führen sollte. Was die Zahl der Ratsformationen anbelangt, so hielten mehrere Konventsmitglieder die Vorschläge des Präsidiums für zu restriktiv; ihrer Auffassung nach sei es nicht nötig, über die auf der Tagung des Europäischen Rates (Sevilla) vorgenommene Reduzierung hinauszugehen.

Der Vorschlag, eine besondere Ratsformation, den so genannten Gesetzgebungsrat, vorzusehen, der über die gesamte Gesetzgebung beraten würde, war ebenfalls umstritten. Nach Auffassung einer gewisse Zahl von Konventsmitgliedern, die sich insbesondere auf jüngste Stellungnahmen der Wirtschafts- und Finanzminister stützten, wäre dieser Vorschlag für den europäischen Zusammenhalt gefährlich, da er dazu führen würde, dass sich die Fachminister nicht um die europäische Gesetzgebung kümmern würden. Andere hingegen nahmen diesen Vorschlag positiv auf, da er eine Komponente der Koordinierung und der Klarheit enthalte, die erforderlich und willkommen sei. Sie machten geltend, dass die Fachminister sehr wohl in diesem Rat zusammentreten könnten und dass ihr Beitrag von grundlegender Bedeutung sei. Schließlich erklärte der Vorsitz, der damit auf vorgebrachte Bedenken einging, dass der Rat als Gesetzgebungsrat nicht dauerhaft tagen würde, sondern in Form einzelner Tagungen; dadurch könnte der von jedem Mitgliedstaat ernannte Vertreter auf Ministerebene Verbindung zu seiner Hauptstadt halten und regelmäßig dorthin zurückkehren.

Zum Europäischen Parlament wurden weniger Bemerkungen vorgetragen. Die meisten betrafen die vorgeschlagene Festlegung einer Höchstzahl von Mitgliedern. Eine gewisse Zahl von Konventsmitgliedern unterstützte den Vorschlag des Präsidiums, eine Höchstzahl vorzusehen und die Zahl der Mitglieder der Europäischen Parlaments auf 700 zu begrenzen. Ein Konventsmitglied sprach sich dafür aus, eine niedrigere Höchstzahl, nämlich 600 oder 650, festzulegen. Andere Konventsmitglieder hingegen verlangten, dass die im Vertrag von Nizza eingeführte Höchstzahl von 732 Mitglieder beibehalten wird. Mehrere Konventsmitglieder äußerten den Wunsch, die in Nizza festgelegte Aufteilung zwischen den Mitgliedstaaten beizubehalten. Diese Aufteilung sei das Ergebnis eines Kompromisses, der unverändert bewahrt werden müsse.

Eine gewisse Zahl von Konventsmitgliedern forderte, dass jedes Organ unabhängig und frei über seinen Sitz entscheiden kann. Gegenwärtig seien die Sitze der Organe auf mehrere Orte verteilt; diese Situation sei ihrer Meinung nach unbefriedigend.

Der in Artikel X des Titels VI vorgeschlagene Kongress der Völker Europas wurde von den Konventsmitgliedern kaum angesprochen. Die meisten, die sich dazu äußerten, zeigten sich kritisch und verlangten, dass dieser Vorschlag des Präsidiums nicht aufgegriffen werde. Diese Konventsmitglieder waren der Auffassung, dass dies der Einsetzung eines neuen Organs gleichkäme, was sie nicht befürworten könnten.

Zur Europäischen Zentralbank wurden einige wenige Bemerkungen vorgetragen. Einige Konventsmitglieder stellten jedoch den Vorschlag des Präsidiums, die Zentralbank in Artikel 14 unter die Organe der Union einzureihen, in Frage. Manche Konventsmitglieder erinnerten an die Schlussfolgerungen der Gruppe zur Sozialpolitik und verlangten, dass ihre Zuständigkeit nicht auf die Preisstabilität beschränkt werde, sondern - nach dem Beispiel der Zentralbank der Vereinigten Staaten - auch die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit umfasse. Ein Konventsmitglied vertrat hingegen die Auffassung, dass das derzeitige Mandat der Zentralbank ausreiche und nicht geändert werden sollte.

Zu den Einrichtungen der Union, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen kamen von den Konventsmitgliedern mit Ausnahme jener, die den Status von Beobachtern haben und Mitglieder dieser Einrichtungen sind, wenig Bemerkungen. Diese Konventsmitglieder plädierten in ihren Ausführungen dafür, dass diesen Einrichtungen angesichts der bedeutenden Rolle, die sie ihrer Ansicht nach spielen, der uneingeschränkte Status eines Organs zuerkannt wird

und dass sie demzufolge in Artikel 14 genannt werden. Diese Forderung wurde von einigen Mitgliedern des Konvents unterstützt. Einige andere Konventsmitglieder hingegen stellten den Wert dieser Einrichtungen in Frage und äußerten die Auffassung, dass ihr Beitrag und ihr zusätzlicher Nutzen für das europäische Werk zur Diskussion gestellt werden könnten. Ein Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses vertrat die Auffassung, dass diese Einrichtung aufgrund ihres längeren Bestehens vor dem Ausschuss der Regionen genannt werden müsste.

Was den Gerichtshof anbelangt, so nahmen die Konventsmitglieder den Artikelentwurf des Präsidiums positiv auf. Einige hoben hinsichtlich des Mandats der Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs hervor, dass eine einmalige Amtszeit von längerer Dauer eine größere Garantie für Unabhängigkeit böte, während andere der Ansicht waren, dass das derzeitige System gut funktioniere und nicht verändert werden dürfe. Einige sprachen die Möglichkeit an, in der Verfassung eine spezielle Klage wegen Verstoßes gegen die Charta der Grundrechte vorzusehen. Ein Konventsmitglied betonte, dass der Gerichtshof nicht im Hinblick auf Handlungen im Rahmen der GASP zuständig sein sollte.

Die Bemerkungen einiger Konventsmitglieder zum Rechnungshof betrafen im Wesentlichen seine Zusammensetzung. Diese Konventsmitglieder sprachen sich für eine verringerte Zahl von Mitgliedern des Rechnungshofs aus, die weniger als 25 betragen sollte; der Rechnungshof sollte sich aus hoch qualifizierten Persönlichkeiten zusammensetzen, wobei deren Staatsangehörigkeit keine Rolle spielen sollte.

3. Aussprache über die Entwürfe der Artikel über das außenpolitische Handeln (CONV 685/03 und CONV 707/03)

Einleitung

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene eröffnete die Aussprache über das außenpolitische Handeln mit der Bemerkung, dass nahezu 850 Änderungsvorschläge zu den Artikelentwürfen eingegangen seien.

Bei der Aussprache, in der über 70 Konventsmitglieder das Wort ergriffen, zeigte sich, dass der Konvent die Textentwürfe des Präsidiums über das außenpolitische Handeln weitgehend begrüßte. Eine große Zahl von Konventsmitgliedern wies darauf hin, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen

der Union auf der internationalen Bühne sei, damit den gemeinsamen Werten Geltung verschafft und die gemeinsamen Interessen verteidigt werden könnten. Eine Reihe dieser Konventsmitglieder hob hervor, dass das Handeln der Union in erster Linie vom politischen Willen und von der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten abhängt. Gleichzeitig räumten zahlreiche Redner ein, dass der Konvent Mechanismen und institutionelle Regelungen ausarbeiten müsse, durch die die Auffassungen der Mitgliedstaaten leichter in Übereinstimmung gebracht und eine effiziente Beschlussfassung sowie ein kohärenter Einsatz der Instrumente gefördert werden könnten.

Nach Auffassung der Mitglieder des Konvents bietet die neue Struktur, bei der die gesamten Rechtsgrundlagen in einem Titel zusammengefasst sind, einen kohärenteren Überblick über die verschiedenen Instrumente, die die EU bei ihrem Vorgehen auf internationaler Bühne einsetzen kann. Der Konvent erkannte auch an, dass die Zusammenfassung der Artikel in einem Titel der Verfassung keine Vereinheitlichung der Instrumente und Verfahren zur Folge hat, sondern dass für die verschiedenen Politikbereiche im Rahmen des außenpolitischen Handelns weiterhin verschiedene Modalitäten gelten.

Breite Zustimmung fand der Vorschlag, das Amt eines Ministers der EU für auswärtige Angelegenheiten zu schaffen, der die Wahrnehmung der Aufsicht des Rates unterliegender GASP-Aufgaben mit Zuständigkeiten in anderen von der Kommission verwalteten Bereichen des außenpolitischen Handelns verbinden würde. Allerdings waren die Konventsmitglieder unterschiedlicher Auffassung über die Folgen dieser institutionellen Änderung für eine Reihe von Fragen, wie die Rolle der Kommission bei der ESVP, die Außenvertretung und den Vorsitz im Rat "Auswärtige Angelegenheiten". Daher wurde vereinbart, dass die Rolle des Ministers und seine Beziehung zur Kommission und zum Rat noch detaillierter ausgearbeitet werden sollte.

Einige Konventsmitglieder schlugen vor, Bestimmungen über die Einrichtung eines diplomatischen Dienstes der EU aufzunehmen, dessen Personal vom Ratssekretariat, von der Kommission und von den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten abgestellt werden sollte und der unter der Aufsicht des Ministers der EU für auswärtige Angelegenheiten arbeiten sollte. Eine Reihe von Rednern erklärte, dass sie einen anderen Titel als "Minister der EU für auswärtige Angelegenheiten" vorziehen würden und schlugen "Sekretär der Union", "Vertreter der EU für auswärtige Angelegenheiten" oder "Sekretär der EU für auswärtige Angelegenheiten" vor.

Horizontale Artikel

Was den horizontalen Artikel über die Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der Union anlangt, hoben mehrere Konventsmitglieder hervor, dass für Kohärenz sowohl innerhalb des Bereichs des außenpolitischen Handelns als auch zwischen diesem Bereich und internen Politikbereichen gesorgt werden müsse. Mehrere Mitglieder wiesen insbesondere darauf hin, dass in direkteren Worten zum Ausdruck kommen müsse, dass interne Politikbereiche nicht den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit zuwiderlaufen dürfen, und empfahlen, den Inhalt des gegenwärtigen Artikels 178 EGV in den entsprechenden Absatz von Artikel 1 einzubeziehen; in Artikel 178 EGV ist niedergelegt, dass die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit bei der Verfolgung der Politiken, welche die Entwicklungsländer berühren können, zu berücksichtigen sind. Einige Konventsmitglieder schlugen weitere Ziele und Grundsätze zur Aufnahme in den Artikel vor, wie beispielsweise Frieden, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, die Sicherheit der Union, die kulturelle Vielfalt oder die internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Migrationsströmen und bei der Kriminalitätsbekämpfung.

Die Konventsmitglieder waren sich darüber einig, dass die Verfassung Bestimmungen enthalten muss, die es der Union ermöglichen, bei der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels ein Instrumentarium einzusetzen, das verschiedene Bereiche des außenpolitischen Handelns abdeckt. In diesem Zusammenhang wurde besonders auf die Rolle des Europäischen Rates verwiesen. Einige Konventsmitglieder hatten allerdings große Bedenken dagegen vorzugehen, dass der EU-Minister und die Kommission gemeinsame Vorschläge vorlegen können, und insbesondere dagegen, dass bei diesen gemeinsamen Vorschlägen die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit angewandt wird.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Konventsmitglieder begrüßten ganz allgemein die Bestimmungen in den Artikelentwürfen, mit denen die Mitgliedstaaten angehalten werden, sich auf EU-Ebene abzustimmen und zu unterrichten, bevor sie auf der internationalen Bühne eine Position vertreten. Dies würde einen Beitrag dazu leisten, dass ein "europäischer Reflex" geschaffen, das Konfrontationsrisiko auf der internationalen Bühne vermindert und gemeinsame Positionen ausgearbeitet wurden. Einige waren der Auffassung, dass die Bestimmungen weiter gestärkt werden sollten, während andere darauf hinwiesen, dass die Mitgliedstaaten ihre Handlungskompetenz auf einzelstaatlicher Ebene behielten, wenn kein abgestimmter Standpunkt vorliege.

Das wichtigste Thema im Bereich der GASP war die Frage des Beschlussfassungsverfahrens. Eine große Zahl der Konventsmitglieder war der Auffassung, dass die Einstimmigkeit in der GASP zu Stillstand führt, und trat dafür ein, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (BQM) im Rat zur allgemeinen Regel zu machen, außer wenn es um Beschlüsse mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen gehe, die einstimmig erlassen werden sollten. Verschiedene Modelle wurden vorgeschlagen. Einige schlugen vor, dass die BQM nicht für Vorschläge gelten sollte, die nicht vom EU-Minister für auswärtige Angelegenheiten unterbreitet wurden. Es herrschte allgemeines Einvernehmen darüber, dass ein Mitgliedstaat, dessen vitale Interessen berührt sind, die Möglichkeit haben sollte, eine Beschlussfassung im Wege der Abstimmung abzuwenden. Der EU-Minister sollte in dieser Situation versuchen, einen Vorschlag auszuarbeiten, der für den betroffenen Mitgliedstaat akzeptabel ist. Einige schlugen als Alternative zur BQM vor, dass der Rat Beschlüsse mit überqualifizierter Mehrheit erlässt. Andere sahen einen Nutzen darin, die verstärkte Zusammenarbeit in allen Bereichen der GASP anzuwenden, um sie proaktiver zu gestalten.

Andere Konventsmitglieder waren dagegen, dass die BQM zur allgemeinen Regel wird, und wiesen darauf hin, dass die Bestimmungen für die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im gegenwärtigen Vertrag kaum jemals genutzt werden. Sie traten für eine bessere Nutzung dieser Bestimmungen sowie der Bestimmungen über die konstruktive Enthaltung ein. Die Bildung eines politischen Willens und die Annäherung der Standpunkte sind nach ihrer Auffassung die zentralen Ansatzpunkte, um zu erreichen, dass die GASP effizienter wird. Einige Konventsmitglieder schlugen als Alternative vor, bei der Einstimmigkeit als der allgemeinen Regel zu bleiben, jedoch die Liste der Bereiche, in denen die BQM gilt, schrittweise auszuweiten und dabei mit Beschlüssen über Sanktionen und über GASP-Maßnahmen bis zu einer bestimmten vom Rat festzulegenden finanziellen Obergrenze zu beginnen. In diesem Zusammenhang wurde betont, wie wichtig die neue Klausel ist, mit der der Europäische Rat in die Lage versetzt wird, die Anwendung der BQM auf GASP-Beschlüsse im Rat auszuweiten.

Zum Initiativrecht im Bereich der GASP wurden unterschiedliche Standpunkte vorgetragen. Einige waren der Auffassung, dass die Bestimmung, nach der der EU-Minister, einen Vorschlag zusammen mit der Kommission unterbreiten kann, im Widerspruch zu der in Aussicht genommenen Schaffung eines EU-Ministers mit Doppelfunktion steht. Sie machten geltend, dass GASP-Vorschläge des EU-Ministers auf diese Weise dem Grundsatz der Kollegialität unterworfen würden, was der Empfehlung der Arbeitsgruppe VII "Außenpolitisches Handeln" zuwiderlaufen würde. Andere meinten, dass die Kommission ihr Vorschlagsrecht behalten sollte.

Diese Konventsmitglieder waren auf jeden Fall der Auffassung, dass es nicht angebracht ist, die BQM bei gemeinsamen GASP-Vorschlägen der Kommission und des Ministers anzuwenden.

In der Frage der demokratischen Kontrolle der GASP sprachen sich einige Mitglieder dafür aus, die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken, während andere forderten, dass auch die nationalen Parlamente einbezogen werden. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene teilte mit, dass ein Verweis auf die GASP und die ESVP in das Protokoll über die nationalen Parlamente aufgenommen wird.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Was speziell die Fragen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik anbelangt, so zeigten sich mehrere Konventsmitglieder erfreut über das ehrgeizige Konzept des Präsidiums für diese Politik, die von entscheidender Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Union auf der internationalen Bühne sei. Zahlreiche Konventsmitglieder begrüßten den Umstand, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik fester Bestandteil der GASP ist, viele unterstrichen ferner, dass sich diese Politik auf ausreichende und geeignete militärische und zivile Fähigkeiten stützen müsse, um den ihr zugewiesenen Aufgaben gerecht zu werden. Einige Konventsmitglieder wiesen ferner nachdrücklich darauf hin, dass ausgewogene Beziehungen zur Atlantischen Allianz aufrechterhalten und die von einigen Ländern in diesem Zusammenhang eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden müssen.

Mehrere Konventsmitglieder erklärten, dass hinsichtlich der Bandbreite der Missionen, an denen die Union teilnehmen kann, Aktualisierungsbedarf bestehe, wobei einige insbesondere vorschlugen, die Bekämpfung des Terrorismus außerhalb der Union in diesen Rahmen einzubeziehen.

Viele Konventsmitglieder hielten daran fest, dass die der Union zur Verfügung gestellten Fähigkeiten in ihrem Umfang verstärkt werden müssen. Die Idee der Errichtung einer Agentur für Rüstung oder für Fähigkeiten fand breite Zustimmung der Konventsmitglieder, wobei ein Konventsmitglied allerdings angeregt hat, dass diese Agentur nicht mit der Bewertung der Beitragszusagen der Mitgliedstaaten betraut werden sollte.

Mehrere Konventsmitglieder nahmen mit Genugtuung Kenntnis von der Möglichkeit einer strukturierten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fähigkeiten für die besonders anspruchsvollen Missionen. Einige betonten in diesem Zusammenhang, dass es Zusammenschlüssen von Kooperationsbereiten, die sich gegenwärtig außerhalb des Vertrags zusammenfinden, erlaubt werden müsse, im Rahmen der Union und mit deren Zustimmung zu handeln. Einige Konventsmitglieder äußerten sich besorgt darüber, dass diese Zusammenarbeit einen allzu geschlossenen Charakter annehmen könnte. Ein Konventsmitglied vertrat die Auffassung, dass eine Klausel, die die Möglichkeit von Missionen außerhalb des Rahmens der Union vorsieht, in der Verfassung nicht angebracht sei. Einige Konventsmitglieder meinten, dass es möglich sein müsste, die Bestimmungen der verstärkten Zusammenarbeit in diesem Fall und ganz allgemein im Verteidigungsbereich anzuwenden, damit diese Zusammenarbeit partizipativer wird. Andere schlugen vor, dass die Kriterien für die militärischen Fähigkeiten vom Rat aufgestellt und in einem rechtlich verbindlichen Protokoll wiedergegeben werden. Ein Konventsmitglied meinte, dass eine der Aufgaben der Agentur für Rüstung die Festlegung dieser Kriterien sein sollte.

Was andere vorgeschlagene Formen der Flexibilität anbelangt, so nahmen die meisten Konventsmitglieder mit Genugtuung Kenntnis davon, dass eine vom Rat einstimmig beschlossene Mission von nur einigen der Mitgliedstaaten durchgeführt werden kann. Nach ihrer Auffassung kann mit einer solchen Bestimmung eine pragmatische Praxis, die außerhalb des Vertrags bereits gegeben ist, in der Verfassung festgeschrieben werden. Ein Konventsmitglied hat in diesem Zusammenhang angeregt, dass es möglich sein müsste, Drittstaaten einzuladen, sich zusammen mit den Mitgliedstaaten der Union an der Durchführung der Mission zu beteiligen. Einige Konventsmitglieder hielten ferner daran fest, dass in die Verfassung eine Klausel aufgenommen werden müsse, die eine gegenseitige Beistandspflicht zwischen den Mitgliedstaaten möglich mache. Für diese Konventsmitglieder ist die gegenseitige Verteidigung ein zentrales Element der Solidarität zwischen den Bürgern und den Staaten; die Zusage der gegenseitigen Verteidigung haben sich die meisten im Übrigen bereits gegeben, allerdings außerhalb des Vertrags. Es wäre daher legitim, diese Zusage in der Verfassung zu verankern. Andere wiederum äußerten sich zurückhaltend zur Einbeziehung der gegenseitigen Verteidigung in den Rahmen der Union und meinten, dass mit einer solchen Zusage möglicherweise nur die Zusage dupliziert würde, die zahlreiche Staaten bereits im Rahmen der NATO gegeben haben. Einige Konventsmitglieder äußerten zudem die Befürchtung, dass eine solche Klausel den neutralen oder blockfreien Status einiger Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnte.

Von einigen Konventsmitgliedern wurden noch weitere Fragen angesprochen, unter anderem die Frage der Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; dabei schlugen einige vor, die Finanzierung im Rahmen des Unionshaushalts erfolgen zu lassen.

Andere Fragen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie z.B. die Schaffung einer Union der Sicherheit und der Verteidigung, wurden ebenfalls angesprochen.

Einige Konventsmitglieder haben ferner vorgeschlagen, dass in den Bestimmungen über das außenpolitische Handeln eine stärkere Rolle der nationalen Parlamente als im Bereich der Verteidigung vorgesehen wird.

Gemeinsame Handelspolitik

Eine Reihe von Konventsmitgliedern erklärte, dass die Gemeinsame Handelspolitik effizient sein müsse und es möglich sein müsse, dass in allen Bereichen einschließlich des Abschlusses sämtlicher Übereinkünfte Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit erlassen werden, während einige andere Mitglieder der Auffassung waren, dass der Handel mit kulturellen und audiovisuellen Diensten weiterhin unter die geteilte Zuständigkeit der Union und der Mitgliedstaaten fallen sollte und dass für Verhandlungen über entsprechende Übereinkünfte somit weiterhin die einvernehmliche Zustimmung der Mitgliedstaaten erforderlich sein sollte. Mehrere Konventsmitglieder vertraten die Ansicht, dass die Rolle des Europäischen Parlaments auf dem Gebiet der Handelspolitik weiter gestärkt werden sollte und dass Verhandlungsmandate wie auch der Abschluss von Übereinkünften der Zustimmung des Europäischen Parlaments unterliegen sollten. Einige betonten ferner, dass das Europäische Parlament während der gesamten Verhandlungen in vollem Umfang unterrichtet werden müsse.

Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Was die Artikel über die Entwicklungszusammenarbeit anlangt, so waren mehrere Konventsmitglieder der Auffassung, dass es wichtig ist, die spezifischen Ziele der Armutsminderung und schließlich der Armutsbeseitigung im Unterkapitel über die Entwicklungszusammenarbeit zu nennen. Mehrere Konventsmitglieder sprachen sich darüber hinaus für die haushaltsmäßige Erfassung des Europäischen Entwicklungsfonds aus und forderten, dass der Verweis auf die Besonderheit der Beziehungen zu den AKP-Ländern aus Artikel 26 gestrichen wird. Einige Mitglieder äußerten Bedenken gegen den Vorschlag, ein Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe zu schaffen, wie es in Artikel 30 vorgesehen ist, und verwiesen darauf, dass die Aufgabe der Hilfeleistung auf diesem Gebiet schwierig sei und entsprechend ausgebildetes Personal verlange.

Restriktive Maßnahmen

Die Artikel über restriktive Maßnahmen wurden von wenigen zur Sprache gebracht. Einige betonten, dass die Achtung der Grundrechte des Einzelnen und die Einhaltung des Völkerrechts sichergestellt werden müssten, und sprachen die Frage der gerichtlichen Kontrolle durch den Gerichtshof an. Andere schlugen vor, den Anwendungsbereich des Artikels auf Visabeschränkungen auszuweiten.

Internationale Übereinkünfte

Was internationale Übereinkünfte anlangt, so bezogen sich die meisten Wortmeldungen auf die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Aushandlung und beim Abschluss von Übereinkünften. Mehrere Mitglieder schlugen vor, die Anhörung des Europäischen Parlaments auf alle Phasen des Prozesses der Aushandlung und des Abschlusses von internationalen Übereinkünften auszuweiten.

Zur externen Zuständigkeit der Union schlugen einige Konventsmitglieder vor, dass in der Verfassung explizit erwähnt wird, dass die Union immer dann für den Abschluss einer internationalen Übereinkunft zuständig ist, wenn mit der Übereinkunft zur Ausübung einer internen Zuständigkeit beigetragen wird.

Mehrere Mitglieder sprachen sich dafür aus, der Kommission das Mandat zur Aushandlung internationaler Übereinkünfte zu erteilen, außer wenn solche Übereinkünfte ausschließlich Fragen der GASP betreffen, während andere dafür eintraten, der Kommission das Mandat zur Aushandlung sämtlicher Übereinkünfte, auch über GASP-Übereinkünfte, zu erteilen. Manche Konventsmitglieder waren der Auffassung, dass der EU-Minister für die Verhandlungen zuständig sein sollte, andere meinten, dass diese Aufgabe dem Vorsitz übertragen werden sollte. Einige traten für eine Ausweitung des Anwendungsbereichs der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf das Verfahren für den Abschluss von Übereinkünften auf allen Gebieten ein.

Beziehungen der Union zu internationalen Organisationen

In der Frage der Beziehungen der Union zu internationalen Organisationen waren einige der Auffassung, dass die Union bestrebt sein sollte, Mitglied internationaler Organisationen, angefangen bei den IFIs, zu werden. Einige wollten, dass die Bestimmungen über die Beziehungen zu internationalen Organisationen detaillierter ausgestaltet werden, und einige schlugen vor, dass die NATO in die Liste der Organisationen nach Artikel 35 aufgenommen wird.

Beistandsklausel

Zahlreiche Konventsmitglieder begrüßten mit großer Genugtuung die Einbeziehung der Beistandsklausel in die Verfassung als grundlegend für den Ausdruck der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und den Bürgern. Einige Konventsmitglieder hielten in diesem Zusammenhang an einer Ausdehnung des Geltungsbereichs der Klausel auf andere Bedrohungen oder Gefahren wie natürliche oder vom Menschen verursachte Katastrophen fest. Der Vizepräsident erläuterte, dass an anderer Stelle der Verfassung (Artikel 15) eine Bestimmung vorhanden sei, die den Schutz vor Katastrophen als eine der unterstützenden Maßnahmen vorsieht.

Fazit

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene stellte abschließend fest, dass der Konvent die vorgeschlagene neue Struktur der Artikel über das außenpolitische Handeln begrüßt. Er hielt fest, dass breite Zustimmung zum horizontalen Artikel über die Grundsätze und Ziele besteht und dass mehrfach gefordert wurde, den Absatz über die Kohärenz stärker auszugestalten.

Er stellte ferner fest, dass allgemein Konsens über die Schaffung eines EU-Ministers für auswärtige Angelegenheiten besteht, obwohl die Standpunkte zu den Auswirkungen dieser institutionellen Änderung unterschiedlich sind. Dies gilt insbesondere für das Initiativrecht in der GASP. Er wies darauf hin, dass die Position dieses Ministers und sein Verhältnis zum Rat und zur Kommission in näheren Einzelheiten ausgearbeitet werden müssen.

Zur Beschlussfassung in der GASP stellte er auf der einen Seite fest, dass die Forderung nach einer Ausweitung der BQM gestellt wurde, dass aber auf der anderen Seite Widerstand dagegen besteht, in diese Richtung voranzuschreiten.

Was die Sicherheits- und Verteidigungspolitik anbelangt, so stellte er fest, dass der Konvent zahlreiche Vorschläge des Präsidiums befürwortet, unter anderem die Einbeziehung dieser Politik als festen Bestandteil in die GASP, die Aktualisierung der Petersberg-Aufgaben und die Errichtung einer Agentur, während die Standpunkte zu anderen Fragen wie der gegenseitigen Verteidigung und verschiedenen Formen der Flexibilität nicht ganz übereinstimmen.

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene nahm die verschiedenen Standpunkte zur Kenntnis, die zur Gemeinsamen Handelspolitik vorgetragen wurden; einige wollten nämlich, dass bestehende Ausnahmen abgeschafft werden, während andere klar und deutlich forderten, dass die Ausnahmen beibehalten werden.

Hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit stellte er fest, dass mehrere Konventsmitglieder forderten, in dem entsprechenden Kapitel die wichtigsten politischen Ziele aufzuführen und den besondern Verweis auf die AKP-Länder zu streichen.

Hinsichtlich der internationalen Übereinkünfte nahm er zur Kenntnis, dass unterschiedliche Sichtweisen zu der Frage bestehen, wer im Namen der Union verhandeln sollte, und dass eine Reihe von Konventsmitgliedern möchte, dass das Europäische Parlament eine größere Rolle spielt.

Der stellvertretende Vorsitzende nahm Kenntnis von mehreren Anträgen, den Anwendungsbereich der Beistandsklausel auf natürliche oder vom Menschen verursachte Katastrophen auszuweiten. Er unterrichtete den Konvent darüber, dass eine spezifische Rechtsgrundlage für den Bevölkerungsschutz ihren Platz an anderer Stelle in der Verfassung finden wird.

List of speakers following order of intervention.

Plenary meeting 15 and 16 May 2003

LIST OF SPEAKERS

Thursday 15 May

Working method of the Convention during its last phase and consensus building process
(CONV 720/03 and 721/03)

*(Blue cards: BERGER, BROK, BONDE, DUFF, DUHAMEL, MAJJ-WEGGEN,
HEATHCOAT-AMORY, TEUFEL, ROCHE, PAPANDREOU)*

Debate on draft articles on Institutions (Part I - Title IV)
(CONV 691/03 and CONV 709/03)

1. Mr Gianfranco FINI - Italy (Government)
2. Mr Alain LAMASSOURE - European Parliament
3. Mr Alberto COSTA - Portugal (Parliament)
4. Mr Dimitrij RUPEL - Slovenia (Government)
5. Mr Elmar BROK - European Parliament
6. Mr Caspar EINEM - Austria (Parliament)
7. Mr Jacques SANTER - Luxembourg (Government)
8. Mr Hubert HAENEL - France (Parliament)
9. Mr Josep BORRELL - Spain (Parliament)
10. Mr Georges PAPANDREOU - Greece (Government)
- (Blue cards: SPINI, VOGGENHUBER, DINI, HOLOLEI, LEQUILLER, BRUTON)*
11. Mr Josef ZIELENIEC - Czech Republic (Parliament)
12. Mr Michel BARNIER - Commission
13. Ms Anne VAN LANCKER - European Parliament
14. Mr Peter HAIN - United Kingdom (Government)
15. Mr Edmund WITTBRODT - Poland (Parliament)
16. Mr Jens-Peter BONDE - European Parliament
17. Mr Alfonso DASTIS - Spain (Government)
18. Mr Andrew DUFF - European Parliament
19. Mr Erwin TEUFEL - Germany (Parliament)
20. Ms Danuta HÜBNER - Poland (Government)
21. Mr Lamberto DINI - Italy (Parliament)
22. Ms Lena HJELM-WALLÉN - Sweden (Government)
23. Mr Olivier DUHAMEL - European Parliament
24. Mr Paraskevas AVGERINOS - Greece (Parliament)
25. Mr Frans TIMMERMANS - Netherlands (Parliament)
26. Mr Alojz PETERLE - Slovenia (Parliament)
27. Ms Teija TIILIKAINEN - Finland (Government)
28. Mr Jan FIGEL - Slovakia (Parliament)
29. Mr Rihards PIKS - Latvia (Parliament)

30. Mr Henrik Dam KRISTENSEN - Denmark (Parliament)
31. Ms Meglena KUNEVA - Bulgaria (Government)
32. Mr Andrew DUFF - European Parliament
33. Ms Hanja MAIJ-WEGGEN - European Parliament
34. Mr Kimmo KILJUNEN - Finland (Parliament)
35. Ms Helle THORNING SCHMIDT - European Parliament
36. Mr Timothy KIRKHOPE - European Parliament
37. Mr Jürgen MEYER - Germany (Parliament)
38. Mr Dick ROCHE - Ireland (Government)
39. Mr Göran LENNMARKER - Sweden (Parliament)
40. Ms Liene LIEPINA - Latvia (Parliament)
41. Mr Joschka FISCHER - Germany (Government)
42. Mr Marco FOLLINI - Italy (Parliament)
43. Mr Abdullah GÜL - Turkey (Government)
44. Mr António VITORINO - Commission
45. Mr Kimmo KILJUNEN - Finland (Parliament)
46. Lord Mac LENNAN OF ROGART - United Kingdom (Parliament)
47. Mr Reinhard RACK - European Parliament
48. Mr Olivier DUHAMEL - European Parliament
49. Ms Anne VAN LANCKER - European Parliament
50. Mr Hannes FARNLEITNER - Austria (Government)
51. Ms Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parliament)
52. Mr Ben FAYOT - Luxembourg (Parliament)
53. Mr Jozef OLEKSY - Poland (Parliament)
54. Mr Ernâni LOPES - Portugal (Government)
55. Mr Panayotis DEMETRIOU - Cyprus (Parliament)
56. Mr. Peter HAIN - United Kingdom (Government)
57. Mr Alfonso DASTIS - Spain (Government)
58. Mr Dick ROCHE - Ireland (Government)
59. Mr Neil MacCORMICK - European Parliament
60. Mr William ABITBOL - European Parliament
61. Mr David HEATHCOAT-AMORY - United Kingdom (Parliament)
62. Mr Péter BALÁZS - Hungary (Government)
63. Mr Puiu HASOTTI - Romania (Parliament)
64. Mr Jari VILÉN Finland - (Parliament)
65. Mr Karel de GUCHT - Belgium (Parliament)
66. Mr Michael ATTALIDES - Cyprus (Government)
67. Mr Henning CHRISTOPHERSEN - Denmark (Government)
68. Mr Reinhard BÖSCH - Austria (Parliament)
69. Mr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Government)
70. Mr John BRUTON - Ireland (Parliament)
71. Ms Hildegard PUWAK - Romania (Government)
72. Mr József SZÁJER - Hungary (Parliament)
73. Ms Marietta GIANNAKOU - Greece (Parliament)
74. Mr Rytis MARTIKONIS - Lithuania (Government)
75. Ms Lone DYBKJAER - European Parliament
76. Mr Proinsias de ROSSA - Ireland (Parliament)
77. Ms. Cristiana MUSCARDINI - European Parliament
78. Mr Antonio TAJANI - European Parliament
79. Mr Kemal DERVIS - Turkey (Parliament)
80. Mr Jan KOHOUT - Czech Republic (Government)

81. Ms Cristiana MUSCARDINI - European Parliament
 82. Mr Sören LEKBERG - Sweden (Parliament)
 83. Ms Linda McAVAN - European Parliament
 84. Mr Pierre LEQUILLER - France (Parliament)
 85. Mr Josef CHABERT - (Committee of the Regions) Observer
 86. Mr Vytenis ANDRIUKAITIS - Lithuania (Parliament)
 87. Mr Proinsias DE ROSSA - Ireland (Parliament)
 88. Mr Jelko KACIN - Slovenia (Parliament)
 89. Mr Gabriel CISNEROS LABORDA - Spain (Parliament)
 90. Mr Dominique de VILLEPIN - France (Government)
 91. Mr Luis MARINHO - European Parliament
 92. Ms Sandra KALNIETE - Latvia (Government)
 93. Mr Algirdas GRICIUS - Lithuania (Parliament)
 94. Mr Johannes VOGGENHUBER - European Parliament
- (Blue cards: ALMEIDA-GARRETT, TOMLINSON, SEVERIN, HAIN)*

Friday 16 May

Continuation of the debate on draft articles on Institutions (Part I - Title IV)
(CONV 691/03 and CONV 709/03)

95. Mr Henrik HOLOLEI - Estonia (Government)
96. Mr Esko SEPPANEN - European Parliament
97. Mr Alexandre ARABADJIEV - Bulgaria (Parliament)
98. Mr Juraj MIGAS - Slovakia (Government)
99. Mr Reinhard RACK - European Parliament
100. Ms. Elena PACIOTTI - European Parliament
101. Mr Péter ECKSTEIN-KOVACS - Romania (Parliament)
102. Mr Roger BRIESCH - (Economic and Social Committee) Observer
103. Mr Manfred DAMMEYER - (Committee of the Regions) Observer
104. Ms Claude DU GRANDRUT - (Committee of the Regions) Observer
105. Mr Caspar EINEM - Austria (Parliament)
106. Ms Lone DYBKJAER - European Parliament
107. Mr Georgios KATIFORIS - Greece (Government)
108. Ms. Piia-Nora KAUPPI - European Parliament
109. Mr. Francesco SPERONI - Italy (Government)
110. Mr. Guilherme OLIVEIRA-MARTINS - Portugal (Parliament)
111. Mr René van der LINDEN - Netherlands (Parliament)
112. Mr Kimmo KILJUNEN - Finland (Parliament)
113. Mr Adrian SEVERIN - Romania (Parliament)
114. Ms Helle THORNING SCHMIDT - European Parliament
115. Mr Josef CHABERT - (Committee of the Regions) Observer
116. Mr George JACOBS - (European Social Partners) Observer
117. Mr Emilio GABAGLIO - (European Trade Union Confederation) Observer
118. Mr Manfred DAMMEYER - (Committee of the Regions) Observer

Debate on draft articles on External Action and Defence
(CONV 685/03 and CONV 707/03)

1. Ms Linda McAVAN - European Parliament
2. Mr Lamberto DINI - Italy (Parliament)
3. Mr Jan FIGEL - Slovakia (Parliament)
4. Mr Elmar BROK - European Parliament
5. Mr Antonio VITORINO - Commission
6. Mr Jürgen MEYER - Germany (Parliament)
7. Mr Gijs de VRIES - Netherlands (Government)
8. Mr Dominique de VILLEPIN - France (Government)
9. Mr Hannes FARNLEITNER - Austria (Government)
10. Ms Marietta GIANNAKOU - Greece (Parliament)
11. Mr Alfonso DASTIS - Spain (Government)
12. Mr Jozef OLEKSY - Poland (Parliament)
13. Mr Peter HAIN - United Kingdom (Government)
14. Mr Luis MARINHO - European Parliament
15. Mr Gianfranco FINI - Italy (Government)
16. Mr Jelko KACIN - Slovenia (Parliament)
- (Blue cards: SPINI, BONDE, DUFF, Van EEKELEN)
17. Mr Hans Martin BURY - Germany (Government)
18. Ms Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parliament)
19. Mr Gabriel CISNEROS LABORDA - Spain (Parliament)
20. Ms Danuta HÜBNER - Poland (Government)
21. Mr Göran LENNMARKER - Sweden (Parliament)
22. Mr Algirdas GRICIUS - Lithuania (Parliament)
23. Mr Dick ROCHE - Ireland (Government)
24. Ms Cristiana MUSCARDINI - European Parliament
25. Mr Henning CHRISTOPHERSEN - Denmark (Government)
26. Mr Pierre LEQUILLER - France (Parliament)
27. Ms Lena HJELM-WALLÉN - Sweden (Government)
28. Mr René van der LINDEN - Netherlands (Parliament)
29. Mr Andrew DUFF - European Parliament
30. Ms Sandra KALNIETE - Latvia (Government)
31. Mr Kimmo KILJUNEN - Finland (Parliament)
32. Mr Vytenis ANDRIUKAITIS - Lithuania (Parliament)
33. Mr Ernâni LOPES - Portugal (Government)
34. Ms Teija TIILIKAINEN - Finland (Government)
35. Mr Hubert HAENEL - France (Parliament)
36. Mr Jan KOHOUT - Czech Republic (Government)
- (Blue cards: VOGGENHUBER, SEVERIN, BONDE, WUERMEILING, HAIN, LENNMARKER, DINI)
37. Mr Rytis MARTIKONIS - Lithuania (Government)
38. Mr Eduard MAINONI - Austria (Parliament)
39. Mr Sören LEKBERG - Sweden (Parliament)
40. Mr Tunne KELAM - Estonia (Parliament)
41. Mr Jari VILÉN - Finland (Parliament)
42. Mr Dimitrij RUPEL - Slovenia (Government)
43. Mr Alain LAMASSOURE - European Parliament
44. Mr Caspar EINEM - Austria (Parliament)
45. Mr Puiu HASOTTI - Romania (Parliament)

46. Mr Louis MICHEL - Belgium (Government)
47. Ms Sylvia-Yvonne KAUFMANN - European Parliament
48. Mr Alberto COSTA - Portugal (Parliament)
49. Mr Antonio VITORINO - Commission
(Blue cards: MacCORMICK, LENNMARKER, McDONAGH)
50. Mr Carlos CARNERO - European Parliament
51. Mr William ABITBOL - European Parliament
52. Mr Henrik HOLOLEI - Estonia (Government)
53. Mr Oguz DEMIRALP - Turkey (Government)
(Blue cards: GORMLEY, Van LANCKER, PACIOTTI, LENMARKER, MACLENNAN, HAENEL, SCOTLAND)
54. Mr Diego LOPEZ GARRIDO - Spain (Parliament)
55. Ms Renée WAGENER - Luxembourg (Parliament)
(Blue cards: VITORINO, DUFF, HAENEL)
56. Mr Jens-Peter BONDE - European Parliament
57. Mr Caspar EINEM - Austria (Parliament)
-